

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 3

Ausgegeben am 18. Oktober 1918

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Preußen und das Reich.

Von Heinrich Cunow.

Die politischen Ereignisse überstürzten sich in den beiden letzten Wochen. Was der Morgen gebar, hatte oft der Abend schon überholt. In raschen Sprüngen legte die politische Entwicklung unter dem Druck der Nachrichten von den verschiedenen Kriegsschauplätzen eine Wegstrecke zurück, zu der sie unter früheren Umständen viele Jahre gebraucht hätte. Diesem schnellen Verlauf zu folgen, ist einer Wochenschrift wie der Neuen Zeit — die überdies in Berlin redigiert und in Stuttgart gedruckt wird — unmöglich, und so bleibt nichts übrig, als nachträglich zu registrieren, daß ein parlamentarisches Reichsministerium unter Leitung des Prinzen Max von Baden entstanden ist, in das auf Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch verschiedene ihrer Mitglieder eingetreten sind, und daß diese Regierung sich am 5. Oktober dem Reichstag mit einem Programm vorgestellt hat, das im wesentlichen jene Forderungen enthält, die die sozialdemokratische Fraktion als Bedingung ihrer aktiven Teilnahme an der Regierung gestellt hatte. Darunter die Forderung der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems im Deutschen Reich und des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen, sowie der Beschränkung des Belagerungszustandes und der militärischen Diktatur über die Presse, das Vereins- und Versammlungswesen. Zugleich hat die neue Regierung unternommen, den Weltkrieg zu beendigen, indem sie durch Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten Wilson ein Friedensangebot gerichtet und sich bereit erklärt hat, auf Grund des von Wilson in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 aufgestellten Friedensprogramms und seiner New Yorker Rede vom 27. September 1918 mit den Alliierten über die Herbeiführung des Friedens zu verhandeln.

Damit beginnt ein neuer Abschnitt in Deutschlands Entwicklungsgeschichte. Die große demokratische Welle, die der Krieg emporgehoben hat, greift auf Deutschland über, und es muß anerkannt werden, daß sie gleich bei ihrem ersten Hinübergreifen einige erhebliche reaktionäre Widerstände hinwegschwemmt hat. Mit einer gewissen Energie hat sie ihr Werk begonnen; doch bedeutet das, was sich in den letzten Wochen abgespielt hat, immerhin nur den Anfang des Reformwerks der politischen Neugestaltung Deutschlands auf demokratischer Grundlage: ein Werk, das unbedingt durchgeführt werden muß, wenn die neuen Riesenaufgaben, die sofort nach Beendigung des Krieges mit ungeheurer Wucht an das deutsche Volk herantreten werden, alle jene Probleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Finanz- und Steuerregulierung, der Verwaltungsreform, der Sozial- und Bevölkerungspolitik eine im Interesse der großen Volksmasse liegende sachgemäße Lösung finden sollen. Denn damit die schweren Folgen des

Krieges im gegenseitigen Zusammenwirken aller Volksschichten überwunden und das Deutsche Reich im internationalen Staatensystem jene Stellung gewinnt, die ihm nach dem Wissen, Können und den Leistungen seiner Bevölkerung gebührt, müssen die althergebrachten Methoden der konservativen Regierungsbürokratie und Regierungsdiplomatie fallen, die mehr als alles andere den deutschen Namen im Ausland verhaßt gemacht und dort jene Abneigung erzeugt haben, die dem deutschen Volk im Kriege so enorm geschadet hat. An ihre Stelle muß — das ist geradezu eine Schicksalsnotwendigkeit — ein Regierungssystem treten, das in einem kräftigen politischen Volksleben wurzelt, aus diesem neue Kräfte zieht und von ihm getragen wird. Und nur die fortgesetzte demokratische Mitarbeit eines Volkes an der Staatspolitik vermag jene intensive Politisierung, jene staatspolitische Einsicht hervorzubringen, daß der einzelne sich mit dem Ganzen verbunden fühlt, die staatlichen Anforderungen und Notwendigkeiten begreift und zugleich seinen Willen in der Richtung solcher Notwendigkeiten einstellt.

In dieser Entwicklung des Reichs zu einem demokratischen Gemeinwesen hat aber dem Deutschen Reich bisher nichts so sehr im Wege gestanden als sein größter Bundesstaat, als Preußen mit seinem Junkertum, seinem von diesem beherrschten Verwaltungsapparat und seinen feudalen Überlieferungen. Die Geschichte des parlamentarischen Lebens des Deutschen Reichs ist seit den Tagen seiner Gründung eine Kette fortgesetzter Beeinflussungen und Hemmungen der Demokratisierung der Reichsinstitutionen durch das ostelbische Junkertum, — und dessen Hauptstützpunkte, man kann in gewissem Sinne sagen seine festen Kastelle in diesem Kampfe gegen alle freiheitlichen Bestrebungen bildeten der Preußische Landtag und die preußische Verwaltungsbürokratie. Wie häufig sind nicht in den letzten Jahrzehnten alle Reformversuche, alle »neuen Kurse« an diesem hartnäckigen Widerstand gescheitert. Immer wieder wußte, hinter sich diese beiden Trübburgen als Rückhalt und versippt mit der Hofkamarilla, der ostelbische Großgrundbesitz die wichtigsten Anlässe zu einem demokratischen Ausbau des Reichsregierungs-systems oder einer Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, sofern diese ihrem Herrschaftsinteresse widersprachen, zu hintertreiben — selbst gegen den Willen der Krone. Die Verhinderung der Ausführung des Mittellandkanalprojekts, bei dem das Junkertum dem Wort des preußischen Königs »Gebaut wird er doch!« kurzweg seinen Machtpruch »Gebaut wird er nicht!« entgegensetzte und glänzend siegte, sowie die erst in jüngster Zeit gegen die königlichen Wahlversprechungen in der konservativen Presse und im Preußischen Abgeordnetenhaus durchgeführte Kampagne bieten dafür schlagende Beweise.

In dieser Machtfstellung des ostelbischen Junkertums, das zudem seine Interessen zum Teil mit denen der rheinisch-westfälischen Schlotaristokratie zu verkoppeln verstanden hat, liegt eine große Gefahr für eine ruhige Fortführung des im Reich begonnenen Reformwerks. Verhält sich heute die konservativ-junkerliche Clique auch abwartend, so beweisen doch die Treibe-reien ihrer Presse, die Aufrufe des Bundes der Landwirte und der Vaterlandspartei sowie ihre geheimen Machinationen hinter den Regierungskulissen — das selbstherrliche Eingreifen des Herrn v. Berg, des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts, in die jüngste Regierungsbildung ist in dieser Hinsicht nur ein Symptom —, daß sie keineswegs geneigt ist, ihre Herrschafts-

ansprüche aufzugeben. Wann hätte auch eine Schicht, die lange geherrscht und ihre Interessen als die des Staates betrachten gelernt hat, freiwillig auf ihre Machtstellung verzichtet und sich in neue Umstände gefügt. Sie ist stets geneigt, selbst in der mißlichsten Lage günstige Momente zu entdecken und nach Restitutionsmitteln Umschau zu halten. Wer die historische Entwicklung des preußischen Junkertums und sein Selbstbewußtsein einigermaßen kennt, wird sicherlich nicht von ihm erwarten, daß es leichtsin verzichtet und die Traditionen von Jahrhunderten fahren läßt. Nichts ist verkehrter, als eine »tränenjelige Totenklage« in den Worten zu sehen, mit denen die »Kreuzzeitung« die Rede des neuen Reichskanzlers in der Reichstagsöffnungssitzung vom 5. Oktober beantwortet: »Über wir sind Preußen. Preußen als Staat ist tot. Wir jedoch wollen als preußische Männer trotzig und aufrecht bleiben, wenn die Welt der Demokratie über uns hinweggeht. Denn das Vaterland wird einst preußische Männer gebrauchen, die ihm helfen aus seiner Not.«

Was sich in diesen Worten ausspricht, ist vielmehr die sichere Erwartung: Unsere Stunde wird wiederkommen. Freilich, in seiner Beurteilung der Lage dürfte sich das konservative Blatt täuschen, die Versuche, die bisherige Stellung des ostelbischen Großgrundbesitzes aufrechtzuerhalten, könnten ganz andere Erfolge haben, als die Schar der Kreuzzeitungskritiker erwartet. Die Erkenntnis, daß es gerade die Eroberungspolitik des Junkertums und bestimmter mit ihm verbundener Militärkreise, sein Festhalten an alten Privilegien gewesen ist, was Deutschland zum Verhängnis geworden ist und es in die jetzige Lage gebracht hat, bricht sich daheim wie an der Front immer mehr Bahn. Und das Bekanntwerden solcher Tatsachen wie jener, daß Deutschland zu Beginn des Jahres 1917 durch Vermittlung Wilsons einen Frieden auf der Grundlage der Anerkennung des Satzes »Keine Annexionen und keine Kontributionen« hätte haben können, dieser Friedensschluß aber durch gewisse junkerliche Kreise verhindert und statt dessen der unbeschränkte U-Bootkrieg erklärt wurde, dürfte die Erbitterung der Volksmassen schwerlich besänftigen. Überdies gibt es noch andere Tatsachen, die, wenn sie in die Masse geschleudert würden, die herrschende Entrüstung bis zur Wut steigern könnten. Die Versuche einer Wiederherstellung der halbfeudalen Machtstellung des Junkertums könnten leicht in Deutschland ähnliche Erfolge haben, wie 1789 in der neugewählten französischen Nationalversammlung das Festhalten des Adels an seinen skandinavischen Vorrechten oder wie im vorigen Jahre die gegenrevolutionären Bestrebungen der russischen Aristokratie. Doch solche inneren Kämpfe würden das politische Leben des deutschen Volkes tief erschüttern, die Verwüstungen des Krieges vermehren, den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens noch weiter hinauschieben; und die Sozialdemokratie treibt, wie manche bittere Erinnerungen auch heute in ihren Reihen aufsteigen mögen, keine Politik der Rache oder Verärgerung. Für sie ist nur das Volksinteresse entscheidend, und dieses verlangt nicht eine Herbeiführung chaotischer Zustände, sondern ungehemmte freiheitliche Weiterentwicklung. Nötig dazu ist jedoch, daß in Preußen die Machtstellung des Junkertums fällt und ihm die Verfügung über die beiden Kassen entzogen wird, die bisher die Stützpunkte seiner Machtstellung bildeten, über das Abgeordnetenhaus und die Verwaltungsbureaucratie. Das ist nicht nur Vorbedingung der politischen Neu-

organisation Preußens selbst, sondern auch der Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems im Deutschen Reich, dessen Sicherheit andernfalls immer wieder durch preußische Einsprüche und Gegenmaßnahmen gefährdet würde. Die Voraussetzungen für solche Aufklärungsarbeit in Preußen sind gegeben. Notwendig ist vorerst nur, daß das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht unverzüglich eingeführt und dann das auf Grund dieses Wahlrechts gewählte Abgeordnetenhaus sofort einberufen wird, um mit der Verwaltungsreform Preußens zu beginnen. Ferner wäre es ein entschiedener Fehler, wenn in Preußen ein besonderer Ministerpräsident, mag er nun Friedberg oder anders heißen, bestellt würde. Das Amt des Reichskanzlers muß, wenn auch vielleicht nur vorläufig, mit dem Amt eines preußischen Ministerpräsidenten verbunden bleiben, denn mehr als je bisher ist die sogenannte preußische Frage heute eine reichsdeutsche Frage. Zweimal, 1873 unter Bismarcks und 1892 unter Caprivis Reichskanzlerschaft, ist schon ein Versuch der Trennung der beiden Ämter gemacht worden, und beide Male wurde er, da er sich als störend für die Führung der Reichsgeschäfte erwies, bald wieder rückgängig gemacht. Außerdem ist dringend notwendig, daß Preußen ebenfalls parlamentarisiert und ein Teil der jetzigen preußischen Minister ausgeschafft wird.

Auch der deutschen Sozialdemokratie erwachsen aus der jetzigen Lage neue Aufgaben. Die politische Umwälzung hat erst eingeseht; dem ersten Akt müssen weitere folgen, und wie bei allen derartigen Umwälzungen, über die bisher die Staatengeschichte berichtet, wird es auch bei dieser nicht an Quertreibungen und Rückschlägen fehlen — schon deshalb nicht, weil die neue Regierung in sich die verschiedenartigsten Anschauungen und Interessen birgt. Die Lokomotive steht geheizt zur Abfahrt bereit, aber das Geleise führt über sehr starke Terrainsteigungen und -senkungen. Verkehrt wäre es daher, wenn die Parteipresse und die Parteiorganisationen annehmen würden, mit dem Eintritt einiger Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in die neue Regierung wäre zunächst unsere aktive Teilnahme an der Reformarbeit beendet, und nun müßte das Weitere in beobachtender Stellung abgewartet werden, um, wenn die Resultate des neuen Regimes irgendwo den Erwartungen nicht entsprechen, mit der Kritik beginnen zu können. Wir werden uns voraussichtlich nur zu bald vor Fragen gestellt sehen, die wir heute noch gar nicht vorausszusehen vermögen. Sollen sie in unserem Sinne entschieden werden, dann ist nötig, daß unsere Partei und unsere Presse in geschlossenen Reihen hinter unseren Beauftragten stehen und ihnen einen festen Rückhalt bieten.

Die südslawische Frage und der Weltkrieg.

Von Hermann Wendel.

Soweit sich die reichsdeutsche Presse überhaupt mit der heute so brennenden südslawischen Frage beschäftigt, seufzt und stöhnt sie über die Undurchschaubarkeit und Unentwirrbarkeit des österreichisch-ungarischen Nationalitätenproblems, obwohl es an sich nicht verwickelter ist, als einem Franzosen oder Engländer die bundesstaatliche Verfassung Deutschlands erscheinen mag. Namentlich seit Otto Bauer und Karl Renner das Problem aus den Niederungen, wo um Wahlbezirke und Kreisgerichte gerauft wird, auf